

Antrag 002: Europa. Einfach. Machen. Entfesseln wir Europas Energie für mehr Freiheit und mehr Wohlstand.

Antragsteller*in:	Bundesvorstand der Freien Demokraten
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	11. Dezember 2023

Der Bundesvorstand möge beschließen:

1 **Europa. Einfach. Machen.**
2 **Entfesseln wir Europas Energie für mehr Freiheit und**
3 **mehr Wohlstand.**

4 Die Corona-Pandemie, der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und der
5 brutale terroristische Angriff der Hamas auf Israel im Oktober 2023 sind Zäsuren
6 für ganz Europa. Die Europäische Union steht vor einer entscheidenden
7 Bewährungsprobe. Denn die zahlreichen Krisen haben offengelegt, dass die
8 Vollendung des Friedens- und Wohlstandprojekts Europa noch lange nicht
9 abgeschlossen ist. Im Gegenteil: Es herrscht wieder Krieg auf unserem Kontinent.
10 Bei zentralen außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen wie der
11 Unterstützung der Ukraine und Israels spricht die Europäische Union nicht mit
12 einer Stimme. Demokratie und Rechtsstaat stehen europaweit zunehmend unter
13 Druck. Radikale Parteien sind in den nationalen Parlamenten breit vertreten und
14 teilweise auf dem Vormarsch. Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist in Gefahr
15 durch Islamismus, Antisemitismus, rechten und linken Extremismus und ein
16 zunehmend polarisierendes Meinungsklima. Die Bürgerinnen und Bürger in der EU
17 sind durch die zeitweise hohe Inflation belastet, die öffentlichen Haushalte
18 durch höhere Zinsen und wachsende Ausgaben. Mittelstand und Industrie ringen mit
19 unterbrochenen Lieferketten, steigenden Rohstoffpreisen und einem verfestigten –
20 auch demographisch bedingten – Fachkräftemangel. Die Energieversorgung in der
21 Europäischen Union gleicht einem Flickenteppich und ist so weder krisenfest noch
22 effizient. Bei Spitzentechnologien, die für eine schnelle Bewältigung von Krisen
23 sowie eine souveräne und zukunftsfähige EU erforderlich sind, liegt Europa im
24 internationalen Wettbewerb zurück. Zu diesen nationalen und europäischen
25 Herausforderungen kommen globale: die Bekämpfung von irregulärer Migration und
26 Schlepperbanden, der Kampf gegen die Erderwärmung, der Systemwettbewerb mit
27 Autokratien und Diktaturen und die Abwehr von Cyberangriffen.

28 All diese Herausforderungen lassen sich nicht allein national meistern. Wir sind
29 überzeugt: In Europa steckt die Energie, die Krisen und Herausforderungen
30 unserer Zeit zu bewältigen und daraus neue Chancen zu entwickeln. In Europa
31 steckt die Energie, die Entfaltung der großen Potentiale der Bürgerinnen und
32 Bürger zu beschleunigen. In Europa steckt die Energie, zum weltweiten Zentrum
33 für bahnbrechende Innovationen und Spitzentechnologien zu werden. Und in Europa
34 steckt die Energie, ein starker und handlungsfähiger Akteur in den
35 internationalen Beziehungen zu werden, der mit einer Stimme für Demokratie und

36 Menschenrechte weltweit eintritt – und im Ernstfall auch dafür kämpft.

37 In den vergangenen Jahren hat es die EU jedoch nicht vermocht, diese Energie
38 freizusetzen. Stattdessen hat sie sich selbst gefesselt: Mit ungebremst
39 wachsender Bürokratie und der Regulierung selbst kleinster Details und privater
40 Lebensbereiche. Mit überkomplexen und intransparenten Entscheidungsprozessen,
41 die von den Menschen nicht nachvollzogen werden können. Mit
42 Subventionierungsmechanismen, die zu viel Geld zu unwirksam verteilen. Mit zu
43 viel Freude an Verboten und zu wenig Lust auf neue Technologien.

44 Das zu ändern, ist unsere Mission. Wir wollen Europas Energie für mehr Freiheit
45 und mehr Wohlstand entfesseln. Dafür wollen wir mit grundlegenden
46 Weichenstellungen in drei Schritten vorgehen.

47 Erstens: Europa muss einfacher werden. Die Menschen sollen die EU nicht mit
48 Überregulierung oder Verboten verbinden, sondern mit einfachen, schnellen und
49 für jeden nachvollziehbaren Lösungen für die Probleme unserer Zeit. Transparente
50 und zügige Entscheidungen, digitale Beteiligungsmöglichkeiten und
51 Serviceangebote sowie ein mutiger Abbau von Regulierung und Bürokratie schaffen
52 Vertrauen, machen Lust auf Beteiligung und verdeutlichen, dass die Europäische
53 Union für die Bürgerinnen und Bürger da ist – und nicht umgekehrt. Wenn wir das
54 Erfinden, Forschen, Gründen und die grenzenlose Nutzung von Bildungsangeboten in
55 ganz Europa einfacher machen, kann Europa bis zum Ende dieses Jahrzehnts die
56 Führungsrolle im weltweiten technologischen Fortschritt zurückerlangen.

57 Zweitens: Europa muss stärker werden. Die Bürgerinnen und Bürger müssen
58 überzeugt sein: Europas Grenzen sind sicher, irreguläre Migration wird strikt
59 unterbunden, ausreisepflichtige Personen werden zügig zurückgeführt, der
60 Rechtsstaat wird überall in Europa konsequent durchgesetzt und eine
61 schlagkräftige Europäische Armee ist im Ernstfall zum Schutz der Menschen, der
62 Demokratie und der Interessen Europas einsatzbereit.

63 Drittens: Europa muss marktwirtschaftlicher werden. Im systemischen Wettbewerb
64 mit anderen Regionen der Welt ist unsere Wirtschaftskraft der entscheidende
65 Faktor. Durch eine Schärfung der Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, durch
66 mehr Freihandel mit der Freien Welt, durch einen Abbau von Subventions- und
67 Verteilungsmechanismen und durch die Vollendung des Digital- und des Energie-
68 Binnenmarktes schaffen wir einen starken und krisenfesten Wirtschaftsraum sowie
69 Chancen für Wachstum und Wohlstand für alle Europäerinnen und Europäer.

70 Für uns Freie Demokraten steht außer Frage: Die Europäische Union ist eine
71 einzigartige Erfolgsgeschichte. Sie hat den Menschen in den Mitgliedstaaten
72 Frieden, Freiheit, Sicherheit, Fortschritt und Wohlstand gebracht! Diese
73 Erfolgsgeschichte gilt es, durch mutige Reformen fortzuschreiben. Für uns als
74 Europapartei ist die EU nicht nur Wirtschaftsgemeinschaft, sie ist eine
75 Wertegemeinschaft, in der unsere Zukunft liegt. Wir bekennen uns zu Europa und
76 kämpfen für ein starkes Europa nicht nur aus Vernunft, sondern aus
77 leidenschaftlicher Überzeugung! Dafür stellen wir uns zur Wahl. Dafür werben wir
78 für die Unterstützung der Wählerinnen und Wähler: Für ein Europa, das seine
79 eigenen Kräfte und die Energie der Bürgerinnen und Bürger vollumfänglich
80 entfesselt – auf der Grundlage einer modernen europäischen Verfassung. Für mehr
81 Freiheit und mehr Wohlstand. Machen wir es einfach!

82 **Ein Europa, das Bildungs- und Aufstiegschancen eröffnet –**
83 **Einfach. Machen.**

84 **Wir Freie Demokraten wollen es einfacher machen, Bildungs- und Arbeitsangebote**
85 **in der gesamten EU zu nutzen. Denn beste Bildungs- und Berufschancen sind die**
86 **Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben und individuellen Aufstieg.**

87 Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union beheimaten exzellente Hochschulen mit
88 vielfältigen Forschungsschwerpunkten und international anerkannter Expertise.
89 Praktika in europäischen Unternehmen versprechen wertvolle Erfahrungen und
90 Impulse für das weitere Berufsleben. Das Potential, das in diesem europäischen
91 Wissensschatz steckt, wollen wir entfesseln. Sei es ein Schüleraustausch in
92 Frankreich, ein ausbildungsbegleitendes Praktikum in Schweden oder ein
93 Auslandsstudium in Polen: Wir wollen bestehende Hürden abbauen, damit der
94 europäische Bildungsraum für alle Menschen in der EU zum persönlichen
95 Chancenraum wird. Die **Bildungsfreizügigkeit** wollen wir **als neue Grundfreiheit**
96 **der Europäischen Union** etablieren.

97 Wir wollen die europäischen Berufsausbildungs- und Schulsysteme, dort wo es der
98 Bildungsmobilität dient, stärker aufeinander abstimmen. Daher setzen wir uns für
99 einen Bologna-Prozess für schulische und berufliche Bildung ein. Wir wollen die
100 **Semester- und Prüfungszeiten in der EU angleichen**. Dadurch vereinfachen wir die
101 Planung von Auslandsaufenthalten und verhindern beispielsweise, dass Studierende
102 ihr Studium aufgrund abweichender Zeiträume verlängern müssen. Wir wollen es
103 erleichtern, europaweit die am besten passende Universität zu finden. Auch
104 Bewerbungsprozesse wollen wir vereinfachen. Zu diesem Zweck soll ein zentrales
105 **Online-Bewerbungsportal** für die EU eingeführt werden. Wir fordern, einen
106 digitalen **Europäischen Studierendenausweis** einzuführen, damit sich Studierende
107 europaweit unkompliziert ausweisen können.

108 **Erasmus+** ist eine Erfolgsgeschichte. Es hat Millionen jungen Menschen
109 Auslandserfahrungen in Europa ermöglicht. Darauf wollen wir aufbauen, indem wir
110 Erasmus+ stärken und den Zugang auch für Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler
111 sowie Azubis verbessern. Unser Ziel ist, dass alle Schülerinnen und Schüler
112 unabhängig vom Einkommen der Eltern sechs Monate ihrer Schulzeit im europäischen
113 Ausland verbringen können. Weiteren Partnerländern der EU soll der Status als
114 Programmland angeboten werden. **Multinationale Hochschulen** in Grenzregionen und
115 Studiengänge sowie Prä-Doc- und Post-Doc-Programme, die den Aufenthalt an
116 mindestens zwei europäischen Hochschulen bzw. Forschungsinstituten bedingen,
117 wollen wir besonders unterstützen. Das gilt insbesondere für Studiengänge mit
118 einem Doppelabschluss an mehreren Universitäten. Zur Förderung von sozialem
119 Engagement und kulturellem Austausch in Europa wollen wir zudem einen
120 Binnenmarkt für gemeinnützige Organisationen schaffen und den **Europäischen**
121 **Freiwilligendienst** sowie den **Kulturaustausch** zwischen den Mitgliedstaaten
122 stärken.

123 Die Chancen von **Künstlicher Intelligenz** wollen wir auch in der Bildung nutzen.
124 KI-Anwendungen können individuelles Lernen von Schülerinnen und Schülern durch
125 passgenaue Lernmaterialien unterstützen. Zudem bietet KI die Chance, Lehrkräfte
126 zu entlasten. Eine innovationsfeindliche Überregulierung von KI lehnen wir ab.

127 Auch bei der **Arbeitskräftemobilität** wollen wir in der EU Hürden abbauen sowie
128 komplizierte und langwierige Prozesse vereinfachen. Motivierten und
129 leistungsbereiten Menschen, die vorankommen und sich mit ihren Fähigkeiten in
130 Europa für Fortschritt und Wachstum einsetzen möchten, müssen alle Türen
131 offenstehen. Wir wollen insbesondere bürokratische, monatelange Verfahren bei
132 der **Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen** vereinfachen und
133 beschleunigen. Dazu fordern wir digitale One-Stop-Shops als zentrale
134 Anlaufstelle in jedem EU-Mitgliedstaat. Diese sollen beispielsweise eine
135 schnelle Übersetzung europäischer Abschlüsse in ihre nationalen Pendanten
136 ermöglichen. Wir fordern, die **EU-Entsenderichtlinie** zu modernisieren und zu
137 vereinfachen. Die betroffenen Tätigkeiten wollen wir auf schutzwürdige
138 Sachverhalte begrenzen und insbesondere alle kurzen Reisen und Entsendungen von
139 der Richtlinie ausnehmen. Wir wollen durch eine Reform selbstbestimmte
140 Arbeitsmodelle, insbesondere **Remote-Work** im EU-Ausland, rechtssicher
141 ermöglichen. So stärken wir die Flexibilität und Mobilität von Beschäftigten und
142 Selbstständigen. Wir möchten faire Arbeitsbedingungen für Plattformarbeiter
143 schaffen und setzen uns für eine umfassende Korrektur der
144 **EU-Plattformarbeiterrichtlinie** ein.

145 Wir Freie Demokraten sind überzeugt, dass Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zu
146 Recht Aufgabe der Mitgliedstaaten sind. Daher wollen wir die
147 **EU-Mindestlohnrichtlinie abschaffen** und die **EU-Arbeitszeitrichtlinie weiter**
148 **flexibilisieren**.

149 Angesichts des sich verschärfenden Fachkräftemangels ist die EU auf die
150 Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte angewiesen. Wir Freie Demokraten
151 fordern deshalb eine **EU-Strategie für die Fachkräftegewinnung**. Wir wollen ein
152 modernes Zwei-Säulen-System etablieren: Die **Blue Card** wollen wir auch für nicht-
153 akademische Fachkräfte öffnen und Mindestgehaltsgrenzen senken. Zudem wollen wir
154 einen **europäischen Talentpool mit Punktesystem** nach kanadischem Vorbild
155 einführen. Wir wollen Einwanderung in den Arbeitsmarkt und nicht in die sozialen
156 Sicherungssysteme. Das niederländische Vorbild eines einjährigen
157 Orientierungsvisums für Absolventinnen und Absolventen der global besten 200
158 Universitäten wollen wir auf die ganze EU ausweiten. So ermöglichen wir eine
159 gesteuerte Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte und steigern die Attraktivität
160 der EU im internationalen Wettbewerb. Für gut integrierte Schutzsuchende muss es
161 die Möglichkeit eines „Spurwechsels“ in eine der beiden Säulen der Einwanderung
162 in den Arbeitsmarkt geben.

163 Sprachbarrieren bei Verwaltungsvorgängen in der EU müssen abgebaut werden. Dazu
164 wollen wir **Englisch als zweite Verwaltungssprache** in der Europäischen Union
165 einführen. Alle Bürgerinnen und Bürger der EU sollen dadurch in anderen EU-
166 Ländern besser mit staatlichen Stellen kommunizieren können. So erleichtern wir
167 Verwaltungsvorgänge im Zusammenhang mit Arbeit, Ausbildung und Studium. Zum
168 Übersetzen von Formularen und Verwaltungsdokumenten wollen wir insbesondere auch
169 KI-Anwendungen nutzen.

170 **Ein Europa, das Wachstum und Spitzeninnovationen**
171 **hervorbringt – Einfach. Machen.**

172 **Wir Freie Demokraten stehen für eine starke Soziale Marktwirtschaft,**
173 **Technologieoffenheit und regelbasierten Freihandel. Planwirtschaft,**
174 **Protektionismus und Subventionswettläufen erteilen wir eine klare Absage.**

175 Sowohl die doppelte Transformation auf dem Weg zu Digitalisierung und
176 Klimaneutralität als auch internationale Abhängigkeiten stellen die Wirtschaft
177 in Europa vor große Herausforderungen. Die aktuelle EU-Kommission begegnet dem
178 jedoch mit den falschen Instrumenten, insbesondere bei der Umsetzung des „Green
179 Deals“: Es ist nicht Aufgabe der EU, Unternehmen durch Detailsteuerung zu
180 bevormunden, Absätze zu garantieren, Ressourcen zuzuteilen und Preise künstlich
181 festzusetzen. Im Gegenteil: Wir brauchen mehr Wettbewerb, mehr freien Handel und
182 bessere Bedingungen für private Investitionen und Gründungen.

183 Vor allem die immer **weiter zunehmenden Bürokratielasten** ersticken neues
184 Wirtschaftswachstum im Keim. Unter EU-Kommissionpräsidentin Ursula von der Leyen
185 (CDU) wurde fortlaufend zusätzliche Bürokratie geschaffen. Mittlerweile sind 57
186 Prozent der bürokratischen Belastungen in Deutschland auf EU-Gesetze
187 zurückzuführen. Unternehmen, insbesondere kleine und mittlere Betriebe, sowie
188 Selbstständige sehen sich angesichts dieser Regulierungswut gezwungen, wertvolle
189 Energie und Zeit für die Bewältigung immenser bürokratischer Anforderungen
190 aufzuwenden. Das können wir uns nicht länger leisten. Denn sonst finden
191 wirtschaftliche Dynamik und Fortschritt außerhalb der EU statt und Arbeitsplätze
192 sowie Wohlstand stehen auf dem Spiel. Wir Freie Demokraten wollen deshalb eine
193 **Trendwende für einen radikalen Bürokratieabbau** einleiten. Nur so kann die EU als
194 Wirtschaftsstandort international wettbewerbsfähig sein und Motor für neues
195 Wachstum und Wohlstand werden.

196 Dazu fordern wir einen „**Bureaucracy Reduction Act**“. Unsere Wirtschaft wollen wir
197 von mindestens 50 Prozent der Bürokratielasten befreien. Für jede neue Belastung
198 durch EU-Regulierung müssen im Gegenzug gemäß der „**One in, two out**“-Regel
199 konsequent in doppeltem Umfang bestehende Belastungen abgeschafft werden. Zudem
200 müssen EU-Richtlinien ohne zusätzliche Bürokratie in nationales Recht umgesetzt
201 werden. Eine Übererfüllung von EU-Anforderungen, das sogenannte „Gold-Plating“,
202 lehnen wir ab. Wir fordern zudem, Gesetze und Verordnungen wo möglich mit einem
203 konkreten Ablaufdatum, einer sogenannten „**Sunset-Klausel**“, zu beschließen. Es
204 muss sichergestellt sein, dass auf EU-Ebene keine Regelungen eingeführt werden,
205 die von Mittelständlern nicht umgesetzt werden können. Das wollen wir durch
206 einen verpflichtenden **KMU-Test** gewährleisten, der die potentiellen Auswirkungen
207 auf kleine und mittlere Unternehmen kritisch prüft. Denn der Mittelstand ist das
208 Rückgrat der europäischen Wirtschaft und Antrieb für Wachstum, Innovation und
209 Wohlstand. Die **KMU-Definition** auf EU-Ebene wollen wir an die Lebensrealität
210 anpassen. Unternehmen mit mittelgroßer Kapitalisierung („Small-Mid Caps“) und
211 größerer Kapitalisierung („Mid Caps“) sollen zukünftig ebenfalls als
212 europäischer Mittelstand definiert werden. Zudem muss die Mitarbeitergrenze von
213 250 Mitarbeitern angehoben werden.

214 Auch sich überschneidende Berichtspflichten, die aus einem regelrechten
215 Regulierungs-Dickicht resultieren, belasten Unternehmen unnötig. Wir fordern
216 deshalb einen systematischen **Berichtspflichten-Check** durch die EU-Kommission, um
217 doppelte Berichtspflichten zu identifizieren, zusammenzuführen oder

218 abzuschaffen. Wir fordern außerdem ein einheitliches **digitales Meldeportal**, das
219 Unternehmen relevante Informationen gebündelt bereitstellt und eine
220 unkomplizierte, zentrale Einreichung von Berichten ermöglicht. Die Ausgestaltung
221 des EU-Lieferkettengesetzes, der EU-Verpackungsverordnung, des Carbon Border
222 Adjustment Mechanism (CBAM) und ähnliche Vorhaben sehen wir sehr kritisch.
223 Bürokratiebelastungen müssen vermieden, Material- und Technologieoffenheit
224 gewahrt und protektionistische Regulierungen verhindert werden.

225 Die Auswirkungen des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands gegen die
226 Ukraine haben verdeutlicht, welche Gefahren von einseitigen Abhängigkeiten für
227 die Versorgungssicherheit und die Wirtschaft ausgehen. Die EU muss insbesondere
228 auch von China, das Wettbewerber und zunehmend systemischer Rivale ist,
229 unabhängiger werden. Wir müssen die Lieferketten der Europäischen Union auf eine
230 breitere Basis stellen, besonders wenn es um die Versorgung mit kritischen
231 Rohstoffen, Produkten oder Technologien geht. Dafür wollen wir verstärkt auf
232 **Rohstoff- und Technologiepartnerschaften** setzen. Uns ist vor allem wichtig, dass
233 wir Abhängigkeiten von autoritären und diktatorischen Staaten, die uns
234 erpressbar machen, so weit wie möglich reduzieren. Neue riskante Abhängigkeiten
235 müssen vermieden werden. Dazu fordern wir, dass die EU-Kommission regelmäßig
236 **Abhängigkeits-Stresstests** durchführt und insbesondere geopolitische Risiken und
237 mögliche kritische Lieferkettenengpässe präventiv evaluiert und in Abstimmung
238 mit den Unternehmen abbaut. Im Krisenfall unterstützen wir effektive
239 Sofortmaßnahmen wie eine Schnellzulassung für kritische Güter, um handlungsfähig
240 zu bleiben. Eine Rettung von Unternehmen auf Steuerzahlerkosten muss von
241 vornherein ausgeschlossen sein. Planwirtschaftliche Eingriffe wie
242 Produktionsvorgaben für Unternehmen lehnen wir ab.

243 **Kritische Infrastruktur** muss vor dem Einfluss autokratischer Staaten geschützt
244 sein. Dazu wollen wir die EU-Investitionskontrolle für ausländische
245 Direktinvestitionen verschärfen, wenn sie die Sicherheit der EU gefährden.

246 Ein wichtiger Schlüssel für eine souveräne EU, die Wirtschaftswachstum,
247 Innovationen und Wohlstand ermöglicht, ist Freihandel weltweit. Wir Freie
248 Demokraten stehen für **fairen, regel- und wertebasierten Handel**, mit einer
249 reformierten Welthandelsorganisation (WTO) als Grundlage. Das gilt umso mehr in
250 Zeiten, in denen Multilateralismus in Frage gestellt wird und Protektionismus
251 und Abschottungstendenzen weltweit zunehmen. Unser Ziel ist eine
252 **Weltfreihandelszone der Demokratien**.

253 Wir fordern einen neuen Anlauf für ein **Freihandelsabkommen mit den USA**. Die EU-
254 Kommission muss den Einsatz für einen **transatlantischen Wirtschaftsraum** zu einer
255 Priorität ihrer Arbeit machen. Die wichtigsten Ziele für ein neues Abkommen
256 müssen sein, Industriezölle sowie Marktzugangsbarrieren insbesondere für
257 Zukunftstechnologien abzuschaffen und gemeinsame Standards festzulegen,
258 besonders mit Blick auf Dekarbonisierung, Digitalisierung und
259 Kreislaufwirtschaft. Der Trade and Technology Council (TTC) muss die Grundlage
260 für diesen gemeinsamen Wirtschaftsraum schaffen. Wir fordern darüber hinaus, den
261 TTC perspektivisch zu intensivieren und um engverbündete Nationen wie
262 beispielsweise **Südkorea, Japan und Großbritannien** zu erweitern.

263 Das Handelsabkommen mit **Kanada (CETA)** muss endlich in allen EU-Ländern inklusive

264 der Regelungen zum Investitionsschutz vollständig ratifiziert werden. Künftig
265 soll der Investitionsschutz wie auch Portfolioinvestitionen Teil der EU-
266 Handelskompetenz werden, damit Abkommen wie CETA keiner Einstimmigkeit bedürfen.
267 Auch den Freihandel mit Südamerika wollen wir entschlossen vorantreiben. Wir
268 setzen uns weiterhin für einen Abschluss des Freihandelsabkommens mit den
269 **Mercosur-Staaten** ein. Darüber hinaus müssen Abschluss und Ratifizierung des
270 modernisierten erweiterten Rahmenabkommens zwischen der EU und **Chile**
271 schnellstmöglich erfolgen. Bei der Zusammenarbeit mit den **ASEAN-Staaten** muss das
272 langfristige Ziel eine gemeinsame Freihandelszone mit der EU sein. Mit **Indien**
273 wollen wir mindestens Abkommen über einzelne Bereiche abschließen – Ziel bleibt
274 ein umfassendes Freihandelsabkommen. Mit **Taiwan** wollen wir Gespräche zu einem
275 Freihandels- und Investitionsabkommen aufnehmen, ohne Fortschritte bei dem
276 zurecht auf Eis liegenden Investitionsabkommen mit China (CAI) abzuwarten. Als
277 ersten Schritt soll die Kommission mit unseren taiwanesischen Partnern ein
278 Rahmenprogramm zur gezielten Förderung der Handels- und Investitionsbedingungen
279 erarbeiten, welches konkrete Erleichterungen für den Austausch von Waren und
280 Dienstleistungen, Abbau von bürokratischen Hemmnissen, Digitalisierung von
281 Zollformalitäten und gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen, Lizenzen und
282 Standards beinhalten soll. Besonderes Augenmerk sollte auf KMU liegen, um diese
283 vollumfänglich in den Austausch mit Taiwan integrieren zu können. Nach der
284 erfolgreichen Ratifizierung des Freihandelsabkommens der EU mit Neuseeland muss
285 auch das umfassende Handelsabkommen mit **Australien** rasch abgeschlossen werden.
286 Wir fordern zudem, dass die EU mittelfristig einen stärkeren Fokus auf
287 Verhandlungen über Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit **afrikanischen**
288 **Partnerländern** legt.

289 Wir Freie Demokraten setzen auf **Technologieoffenheit**, damit Europas Wirtschaft
290 im immer intensiveren Wettbewerb bestehen kann und für die besten Forscherinnen
291 und Forscher attraktiv bleibt. Wir sprechen uns klar gegen pauschale Verbote und
292 für einen Wettbewerb der besten Technologien aus. Das betrifft unter anderem den
293 Einsatz von **E-Fuels** für eine klimafreundliche Mobilität, Wasserstoff im
294 Gebäudeenergiebereich oder die Chancen der **Fusionstechnologie** und von **Small**
295 **Modular Reactors (SMR)** für eine sichere und bezahlbare Energieversorgung. Die
296 Potentiale der Gen- und Biotechnologie wollen wir nutzbar machen. Mit Blick auf
297 die Zulassung von sogenannten Neuen Züchtungstechniken wie der **Genschere**
298 **CRISPR/Cas9** setzen wir uns weiterhin dafür ein, das Gentechnikrecht
299 grundsätzlich risikoangepasst und technologieoffen zu überarbeiten und an den
300 Stand der Wissenschaft anzupassen. Ein pauschales Verbot von per- und
301 polyfluorierten Chemikalien (PFAS) lehnen wir ab.

302 Das EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „**Horizon Europe**“ wollen wir
303 weiterentwickeln und mit klaren Schwerpunkten insbesondere in den Bereichen Bio-
304 und Gentechnologie, Energietechnik sowie Informations- und
305 Kommunikationstechnologie (IKT) ausbauen. Wir unterstützen den zentralen Teil
306 des „Investitionsplanes für Europa“, mit dem die Europäische Union eine
307 verbesserte, zielgenauere Verwendung von EU-Haushaltsmitteln anstrebt. Mithilfe
308 der **Europäischen Investitionsbank (EIB)** sollen auf diesem Wege Investitionen
309 mobilisiert werden – mit Schwerpunkten auf Infrastruktur, Forschung und
310 Entwicklung von klimaschonenden Technologien sowie Innovationen kleiner und

311 mittlerer Unternehmen. Das Finanzierungsvolumen der EIB wollen wir deutlich
312 ausweiten.

313 Zur Sicherung weiterer zukunftsweisender Investitionen und Innovationen wollen
314 wir „InvestEU“ stärken – durch Mittelumschichtungen. Mit der Weiterentwicklung
315 des European Innovation Council zu einer **Europäischen Agentur für**
316 **Sprunginnovationen** wollen wir disruptive Innovationen fördern. Wir wollen
317 erreichen, dass Europa als größter Binnenmarkt der Welt bei der Erforschung und
318 Entwicklung von Zukunftstechnologien weltweit an der Spitze steht.

319 **Gründerinnen und Gründern** sowie jungen Unternehmen in der Wachstumsphase wollen
320 wir in der EU eine nachhaltige Finanzierung ermöglichen. Insbesondere wollen wir
321 eine **europäische Venture-Capital-Verordnung**, die beste Bedingungen für
322 **Wagniskapital** schafft. So verhindern wir, dass die besten Ideen und Köpfe aus
323 der EU abwandern, weil vor allem die zweite Finanzierungsrunde in der EU nicht
324 mehr gestemmt werden kann. Ein „**Zukunftsfonds Europa**“ könnte durch entsprechende
325 Risikobündelung Venture Capital an zukunftssträchtige Unternehmen vergeben. Dabei
326 sollen Synergien zum „InvestEU“-Programm und sich daraus ergebende
327 Finanzierungsmöglichkeiten geprüft werden. Zudem setzen wir uns für eine
328 Vereinheitlichung der Regeln zum **Crowdfunding** in der Europäischen Union ein. Wir
329 wollen außerdem ein **unabhängiges Inkubator-Programm** etablieren, das europaweit
330 in großer Zahl Unternehmensgründungen anregt, coacht und zur Finanzierung über
331 **privates Wagniskapital** bringt. Wir fordern **Digital-Freiheitszonen** nach
332 europäischem Recht: Durch Experimentierräume und Öffnungsklauseln wollen wir
333 grenzüberschreitende „Sonderwirtschaftszonen“ für digitale Ausgründungen von
334 Unternehmen, Start-ups und Spin-offs schaffen. Die Rechtsformen des Europäischen
335 Gesellschaftsrechts wollen wir ausweiten.

336 **Ein Europa, das Freiheit, Vielfalt und Selbstbestimmung** 337 **schützt – Einfach. Machen.**

338 **Für uns Freie Demokraten steht die Freiheit des einzelnen Menschen in**
339 **Verantwortung für andere an erster Stelle. Sie ist untrennbar mit einer**
340 **vielfältigen, selbstbestimmten und offenen Gesellschaft verbunden. Wir sehen die**
341 **EU als eine Wertegemeinschaft, welche die Freiheit des Einzelnen schützen muss.**

342 Von der **Reisefreiheit** und unbeschränkten Mobilität im Schengen-Raum profitieren
343 wir alle politisch, wirtschaftlich und kulturell. Die Voraussetzung für offene
344 Grenzen im Innern ist jedoch ein starker, effektiver Schutz der EU-Außengrenze.
345 Wir als FDP fordern deshalb einen schnelleren Ausbau der EU-Grenzschutzagentur
346 **Frontex** auf die vorgesehene Personalstärke von 10.000 Einsatzkräften. Begleitet
347 werden muss dies von strukturellen Reformen und einer Erweiterung von Kontroll-
348 und Transparenzmechanismen. Frontex soll auch die Seenotrettung auf dem
349 Mittelmeer übernehmen.

350 Die **Migrationsströme** nach Europa sind eine enorme Herausforderung für die EU und
351 das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in ihre Handlungsfähigkeit. Wir
352 brauchen dringend eine neue Realpolitik in der Migrationsfrage, auch auf
353 europäischer Ebene. Vielerorts sind die Aufnahmekapazitäten schon lange
354 erschöpft und Kommunen sowie Städte massiv belastet. Die Bürgerinnen und Bürger

355 spüren die damit verbundenen Probleme in ihrem Alltag und erwarten zurecht
356 Lösungen. Wir Freie Demokraten wollen **in der Migrationspolitik entschieden**
357 **gegensteuern** – für mehr Kontrolle und Ordnung. Die EU und ihre Mitgliedstaaten
358 müssen beweisen, dass sie **irreguläre Migration wirksam reduzieren** können. Denn
359 unsere Kapazitäten sind begrenzt. Wer aus rein wirtschaftlichen Gründen flieht,
360 hat in der EU kein Bleiberecht. Nur so können wir den Menschen Zuflucht bieten,
361 die vor Krieg und Verfolgung fliehen und unsere Hilfe wirklich benötigen. Wir
362 setzen uns für ein **grundlegend reformiertes europäisches Asylsystem** ein, das vor
363 allem schnellere Asylverfahren und konsequente Rückführungen sicherstellt.
364 Einheitliche Bedingungen sollen die Sekundärmigration innerhalb der EU
365 verhindern. Wir sprechen uns für Europäische Asylzentren an der EU-Außengrenze
366 aus, die unter Wahrung humanitärer Standards ein effizientes Asylverfahren
367 gewährleisten und irreguläre Migration reduzieren. Wir wollen prüfen, inwieweit
368 Asylbewerber zur Bearbeitung des Asylverfahrens in sichere Drittstaaten
369 überführt und bei Anerkennung des Asylantrags anschließend im Drittstaat
370 untergebracht werden können – unter Gewährleistung humanitärer und
371 rechtsstaatlicher Standards.

372 Wir wollen den Pakt für sichere, geordnete und reguläre Migration der Vereinten
373 Nationen (VN) auch auf europäischer Ebene umsetzen. Europäische
374 Entwicklungszusammenarbeit muss Fluchtursachen vor allem präventiv angehen und
375 damit auf längere Sicht abmildern. Wir befürworten die Einrichtung humanitärer
376 Schutzzonen im Einvernehmen mit den jeweiligen Staaten und mit Finanzierung der
377 EU. Wir wollen die Feststellung des Schutzstatus von Asylanträgen in
378 Drittstaaten ermöglichen. So können Betroffene dort ausloten, ob sie eine
379 Bleibeperspektive in der EU haben und gegebenenfalls auf eine gefährliche Flucht
380 verzichten. Selbstverständlich unter Achtung der Genfer Flüchtlingskonvention
381 und der Grund- und Menschenrechte.

382 Die Werte der Union – Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit – sind das
383 Fundament, auf dem die EU aufgebaut ist. Wer den **Rechtsstaat** mit Füßen tritt,
384 dem müssen rasch und konsequent EU-Fördermittel entzogen werden. Künftig soll
385 der Europäische Gerichtshof (EuGH) auf Antrag eines Mitgliedstaats, der
386 Kommission oder des Parlaments EU-Gelder einfrieren können. Wir wollen den
387 Rechtsstaatsmechanismus auf die Verletzung aller Werte der Union ausweiten,
388 unabhängig davon, ob EU-Gelder betroffen sind.

389 Wir fordern eine Europäische Grundrechtsbeschwerde. Bürgerinnen und Bürgern
390 sowie juristischen Personen sollen verbesserte **Klagemöglichkeiten vor dem**
391 **Europäischen Gerichtshof** gegen EU-Rechtsakte eingeräumt werden. Nach Ausschöpfen
392 des nationalen Rechtswegs müssen diese auch gegen nationale Rechtsakte wegen
393 einer Verletzung ihrer europäischen Grundrechte klagen können. Wir wollen die
394 erfolgreiche Arbeit der Europäischen Staatsanwaltschaft (EUSTa) stärker fördern
395 und weiter ausbauen.

396 **Europol** muss zu einem Europäischen Kriminalamt ausgebaut werden. Die Behörde
397 muss bei grenzüberschreitenden Sachverhalten sowie im Bereich der Gefahrenabwehr
398 mit wirksamen Ermittlungsbefugnissen die Arbeit der Mitgliedstaaten koordinieren
399 und unterstützen können.

400 Wir wollen ein **Europa der Vielfalt**. Der Schutz von Minderheiten ist innerhalb

401 einer demokratischen Gemeinschaft Voraussetzung und Anliegen des Rechtsstaats.
402 Wir fordern, dass Demonstrationen von LSBTIQ unionsweit ungehindert und sicher
403 stattfinden können. Wir fordern, dass innerhalb der EU geschlossene
404 gleichgeschlechtliche Ehen und festgestellte Elternschaften mit allen Rechten
405 und Pflichten in den europäischen Mitgliedstaaten anerkannt werden. Das Gleiche
406 soll für Namensänderungen und Änderungen des Geschlechtseintrags gelten. Die
407 „Verfolgung wegen sexueller Identität“ bleibt für uns ein Asylgrund in Europa.

408 Wir fordern schnelle und konsequente Reaktionen bei Angriffen auf die
409 **Pressefreiheit** durch Mitgliedstaaten in der EU. Eine unabhängige Medienaufsicht
410 in der Union und den Mitgliedstaaten ist aus unserer Sicht zentral. Gerade
411 deshalb setzen wir uns für eine Verbesserung des vorgeschlagenen
412 Medienfreiheitsgesetzes ein. Zivilgesellschaftliche Organisationen wie das
413 Europäische Zentrum für Presse- und Medienfreiheit (ECPMF) sollen befähigt
414 werden, sich europaweit für die Verteidigung der Presse- und Meinungsfreiheit
415 sowie den Schutz von Medienschaffenden einzusetzen.

416 Meinungs- und Kunstfreiheit gilt auch im Netz. Deshalb wollen wir die **Pflicht**
417 **zum Einsatz von Uploadfiltern abschaffen**.

418 Wir wollen einen **Raum der Datenfreiheit und der Datensicherheit** schaffen. Wir
419 werden uns dafür einsetzen, dass europäische Forschungsmittel gezielt zur
420 Erforschung von Datenschutztechnologien und -infrastruktur verwendet werden.
421 Ziel sollte ein weitestgehend autarkes Europa mit eigenen auch privaten Cloud-
422 Anbietern und europäischen Datenschutzstandards sein. Wir wollen die
423 grundrechtswidrige Fluggastdatenspeicherung abschaffen, um die Daten von
424 Reisenden in der Europäischen Union zu schützen.

425 Für uns sind der **Schutz der Privatsphäre** und das Recht auf Verschlüsselung sowie
426 die Anonymität in digitalen Räumen unabdingbar. Netzsperrern, Chatkontrolle,
427 Vorratsdatenspeicherung und anlassloses Ausspionieren der Bürger lehnen wir
428 kategorisch ab. Stattdessen müssen wir in die Ausstattung der Polizei und von
429 Europol investieren.

430 Wir als FDP sehen einen funktionierenden europäischen Datenschutz mit
431 Datensouveränität und informationeller Selbstbestimmung der Bürgerinnen und
432 Bürger als Grundlage für eine faire und funktionierende Datenökonomie. Wir
433 wollen die **DSGVO entbürokratisieren** und weiterentwickeln.

434 Wir wollen **die Verwaltung in den Mitgliedstaaten digitalisieren**. Dazu wollen wir
435 eine Europäische Digitale Identität stärken und die Mitgliedstaaten
436 verpflichten, bestimmte Verwaltungsdienstleistungen digital, schnell und
437 unbürokratisch zu ermöglichen.

438 Wir akzeptieren nicht, dass Frauen in unserer Gesellschaft noch immer
439 benachteiligt sind. Wir setzen uns dafür ein, dass die verbleibenden Länder **die**
440 **Istanbul-Konvention zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen** ratifizieren und dass
441 alle Länder die Konvention umsetzen. Wir fordern, dass das Recht auf die
442 gesundheitliche Versorgung mit einem sicheren Schwangerschaftsabbruch in Europa
443 gewährleistet werden muss und dass die reproduktiven Rechte in allen
444 Mitgliedstaaten geachtet werden müssen. Dazu wollen wir das Recht auf einen
445 Schwangerschaftsabbruch in der Grundrechtecharta und der Europäischen

446 Menschenrechtskonvention (EMRK) verankern. Wir sprechen uns für einen
447 europaweiten Endometriose-Aktionsplan aus. Wir setzen uns für eine **verbesserte**
448 **Vereinbarkeit von Care-Arbeit und Beruf** ein – durch den Ausbau erschwinglicher
449 Kinderbetreuung, auch durch Elternzeit für Europaabgeordnete, und die
450 Flexibilisierung von Arbeitszeiten. Den **beruflichen Aufstieg von Frauen und**
451 **Mädchen** möchten wir durch eine verbesserte MINT-Bildung, Entrepreneurship
452 Education und durch die Unterstützung von privaten Female Founders Netzwerken
453 fördern.

454 Wir als FDP wollen das EU-Recht reformieren, um den Mitgliedstaaten die
455 **kontrollierte Freigabe von Cannabis** und eine eigenständige Drogenpolitik zu
456 ermöglichen.

457 **Ein Europa, das Freiheit, Sicherheit und Demokratie weltweit**
458 **stärkt – Einfach. Machen.**

459 **Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass Europa eine gemeinsame Antwort**
460 **auf die außen- und sicherheitspolitischen Realitäten findet. Denn diese haben**
461 **sich seit der letzten Europawahl vor fünf Jahren so fundamental verändert, wie**
462 **seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr.**

463 Russland führt einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine, die
464 nach Freiheit und Demokratie strebt. Wir stehen weiter fest entschlossen an der
465 Seite der Ukrainerinnen und Ukrainer. Die **Ukraine** muss den Krieg gewinnen und
466 ihre territoriale Integrität und Souveränität zurückerlangen. Dafür muss die EU
467 die Ukraine weiterhin humanitär, finanziell, wirtschaftlich und militärisch
468 stärker unterstützen – auch mit der Lieferung verfügbarer schwerer Waffen. Dazu
469 müssen die Kapazitäten der europäischen Rüstungsindustrie gesteigert werden.

470 Die FDP setzt sich für einen koordinierten internationalen **Wiederaufbau der**
471 **Ukraine** ein. Dazu soll das eingefrorene russische Vermögen genutzt werden
472 können. Daher ist die EU aufgefordert, nach allen rechtsstaatlichen
473 Möglichkeiten zu suchen, das eingefrorene russische Staatsvermögen sowie die
474 Eigentümer gesperrter russischer Privatvermögenswerte, sofern sie eine (Mit-
475)Verantwortung für den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg trifft oder aus diesem
476 einen Vorteil gezogen haben, für den Wiederaufbau der Ukraine sicherzustellen
477 und einzusetzen. Der Wiederaufbau und der europäische Integrationsprozess müssen
478 von Anfang an eng miteinander verbunden sein. Die EU muss die Ukraine noch
479 stärker bei der Umsetzung der Strukturreformen unterstützen. Die Bekämpfung der
480 Korruption steht dabei im Fokus.

481 Wir fordern die **Isolation Russlands** in multilateralen Organisationen.
482 Wirtschaftssanktionen müssen zu einem vollständigen Embargo ausgeweitet und
483 personenbezogene Sanktionen inklusive Visaentzug und Ausweisung ausgesprochen
484 werden. Die FDP unterstützt die Ermittlungen des Internationalen
485 Strafgerichtshofs (IStGH) und die Schaffung eines Sondertribunals für das
486 Verbrechen des Angriffskriegs. Wladimir Putin und ranghohe russische Funktionäre
487 müssen strafrechtlich zur Rechenschaft gezogen werden. Wir stehen fest an der
488 Seite der russischen Opposition, die sich für ein freies, rechtsstaatliches und
489 liberales Russland einsetzt.

490 Wir Freie Demokraten bekennen uns zur **Universalität der Menschenrechte** als
491 Grundlage einer freien Gesellschaft. Wir wollen eine konsequente
492 Menschenrechtspolitik der Europäischen Union, die entschieden gegen
493 Unterdrückung und gruppenbezogene Feindlichkeit vorgeht.
494 Entscheidungen in der **Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)** sollen
495 künftig mit qualifizierter Mehrheit getroffen werden. Der Hohe Vertreter für
496 Außen- und Sicherheitspolitik muss institutionell zu einem EU-Außenminister
497 aufgewertet werden. Dieser soll für alle zentralen Bereiche der europäischen
498 Außenpolitik zuständig sein und koordinierend für mehr Kohärenz und Effizienz
499 der EU und ihren Mitgliedstaaten sorgen. Außerdem soll ein politischer
500 Stellvertreter für die Verteidigungs- und Sicherheitspolitik eingesetzt werden,
501 der wie der Hohe Vertreter selbst den Rang eines Kommissars haben soll. Der
502 **Europäische Auswärtige Dienst (EAD)** soll als wichtiger Unterbau gestärkt werden,
503 sodass wir gegenüber Verbündeten, Wettbewerbern und autoritären Staaten mit
504 einer Stimme sprechen. Wir wollen die EU ertüchtigen, damit sie in außen- und
505 sicherheitspolitischen Fragen zu jeder Zeit und auf allen Ebenen strategisch
506 vernetzt handeln kann. Dazu muss der strategische Kompass der EU konsequenter
507 verfolgt werden.

508 Ziel ist die Schaffung einer **Europäischen Verteidigungsunion** als Zwischenschritt
509 zu einer **Europäischen Armee** unter gemeinsamem Oberbefehl und unter
510 parlamentarischer Kontrolle. Die militärischen Fähigkeiten im Rahmen der
511 Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) sollen stärker europäisch
512 koordiniert und gebündelt werden. Den **Europäischen Verteidigungsfonds (EVF)**
513 wollen wir genauso wie die gemeinsame Rüstungsbeschaffung ausbauen. Wir setzen
514 uns für eine Harmonisierung der Rüstungsexportregeln in Europa ein.
515 Rüstungsexporte an demokratische Partner wie die NATO-Staaten, Australien,
516 Israel, Indien, Japan, Südkorea und die Ukraine wollen wir vereinfachen. Wir
517 wollen den europäischen Pfeiler der NATO und damit die gemeinsame politische
518 Handlungsfähigkeit der EU-Partner im Bündnis stärken.

519 Die Anstrengungen der EU für **Sicherheit und Schutz im Weltraum** müssen deutlich
520 erhöht werden. Dazu wollen wir die Resilienz satellitengestützter Kommunikation,
521 Information, Navigation und Erdbeobachtung stärken.

522 Wir sprechen uns für die Einrichtung eines **Europäischen Sicherheitsrates (ESR)**
523 unter Vorsitz des Hohen Vertreters aus. Der ESR wäre zuständig für das Agenda-
524 Setting sowie die Ausarbeitung von Stellungnahmen und Empfehlungen zu
525 strategischen Fragen. Das **EU Intelligence Analysis Centre (EU INTCEN)** soll
526 außerdem zu einem wirksamen europäischen Nachrichtendienst ausgebaut werden. Die
527 Mitgliedstaaten sollen nachrichtendienstliche Informationen grundsätzlich teilen.

528 Japan, Südkorea, Indien und demokratische ASEAN-Staaten gehören noch stärker in
529 den Fokus der europäischen Außenpolitik in **Asien**. Ebenso gilt dies für
530 **Australien und Neuseeland**. Die globale Zukunftsgestaltung setzt neben der
531 Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen eine noch engere Zusammenarbeit bei
532 den Themen Klima- und Artenschutz, nachhaltige Energiegewinnung, Sicherung von
533 Ressourcen, Sicherheit und Konnektivität voraus.

534 Wir befürworten eine **EU-Strategie gegenüber China**, die von unseren Werten
535 geprägt ist. China ist systemischer und ökonomischer Rivale. Wir wollen unsere

536 Wettbewerbsposition gegenüber der Volksrepublik China verbessern und
537 wirtschaftlich unabhängiger werden. Wir wollen strategische Initiativen wie
538 **Global Gateway** als Antwort auf die chinesische „Belt-and-Road“-Initiative
539 stärken. Menschenrechtsverbrechen wie die massenhafte Internierung und
540 Zwangssterilisierung der Uiguren müssen sanktioniert werden. Kritische
541 Technologien dürfen nicht in die Hände von Systemrivalen wie China fallen. Dabei
542 wollen wir uns eng mit den G7 abstimmen, indem wir den Koordinationsausschuss
543 für multilaterale Ausfuhrkontrollen (CoCom) wiederbeleben. Zudem wollen wir
544 prüfen, ob Exportkontrollen verschärft werden müssen und ein Outbound Investment
545 Screening erforderlich ist. Unnötige Handelshemmnisse müssen dabei vermieden
546 werden.

547 **Die Versorgung mit kritischen Rohstoffen** und Energie muss diversifiziert werden.
548 Der deutsche Alleingang gegen die Interessen unserer europäischen Partner bei
549 Nord Stream 1 und 2 war ein folgenschwerer Fehler. Dies hat sich nicht zuletzt
550 bei der erschwerten Reaktionsfähigkeit auf den Angriffskrieg Russlands auf die
551 Ukraine gezeigt. Europa darf sich nicht verwundbar machen. Unsere Antwort ist
552 eine gemeinsame **Energieaußenpolitik**, die Energiepartnerschaften mit
553 zuverlässigen Ländern herstellt. So kann es gelingen, Energiequellen zu
554 diversifizieren und Energieabhängigkeiten von einzelnen Lieferanten zu
555 reduzieren.

556 **Das Existenz- und Selbstverteidigungsrecht Israels** ist für uns Freie Demokraten
557 nicht verhandelbar. Wir stehen uneingeschränkt an der Seite Israels und setzen
558 uns dafür ein, dass die EU das auch tut. EU-Hilfsgelder dürfen nicht für Terror
559 und Antisemitismus missbraucht werden. Personen und Organisationen, die Terror
560 gegen Israel verüben oder unterstützen müssen sanktioniert werden. Dazu fordern
561 wir ein globales Sanktionsregime gegen antiisraelischen Terror.

562 Wir Freie Demokraten treten weiterhin für eine verhandelte Zweistaatenlösung
563 ein.

564 Wir als FDP stehen fest an der Seite **Taiwans**. Wir wollen zusammen mit unseren
565 Wertepartnern der Region auf allen Ebenen für die Stabilität in der Taiwanstraße
566 eintreten und die Zusammenarbeit mit Taiwan ausbauen. Die Einbindung Taiwans in
567 internationale Organisationen unterstützen wir. Unser Ziel ist, dass sich China
568 und Taiwan im friedlichen Dialog darauf verständigen, den Bürgerinnen und
569 Bürgern Taiwans die freie Entscheidung über ihre politische Zukunft zu
570 ermöglichen.

571 Darüber hinaus dürfen wir **Afrika**, aber auch Lateinamerika als aufstrebende
572 Kontinente nicht Ländern wie Russland oder China überlassen. Wir setzen uns
573 dafür ein, dass Europa die Afrikanischen Union bei der Umsetzung ihrer Visionen
574 zur Agenda 2063 und einer Freihandelszone (AfCFTA) unterstützt. Außerdem braucht
575 die EU mehr Handels- und Investitionsabkommen mit den Staaten Afrikas, um die
576 Exportchancen und Importe von Rohstoffen und Energie zu erhöhen. Wir wollen
577 kulturelle Überzeugungskraft entfalten, indem wir Austauschprogramme wie
578 Erasmus+ massiv mit dem Fokus auf Länder des Globalen Südens ausweiten.

579 **Ein Europa, das Handlungsfähigkeit und solide Finanzen**

580 **gewährleistet – Einfach. Machen.**

581 **Wir Freie Demokraten wollen durch mutige Reformen starke und handlungsfähige EU-**
582 **Institutionen schaffen, die Wirtschafts- und Währungsunion vollenden und solide**
583 **Finanzen europaweit sicherstellen.**

584 Wir fordern eine verkleinerte Kommission mit 18 Ministern sowie ein **Parlament**
585 **mit einem Sitz in Brüssel, einem Vorschlagsrecht für den Kommissionspräsidenten**
586 **und mit einer Gesetzesinitiativbefugnis.** Der EU-Direktwahlakt sollte das
587 Wahlalter 16, europäische Wahllisten, einen gemeinsamen Wahltag und das
588 Spitzenkandidatenprinzip einführen, aber auf eine Geschlechterquote verzichten.
589 Wir setzen uns dafür ein, dass ein Konvent eine Verfassung für die Europäische
590 Union erarbeitet, die einer gesamteuropäischen Volksabstimmung unterliegt.

591 Für eine mögliche Erweiterung der EU braucht es mehr Realismus. Eine
592 **EU-Beitrittsperspektive** kann ein zentrales Instrument sein, um auf unserem
593 Kontinent Demokratie, innere und äußere Sicherheit, politische Stabilität und
594 wirtschaftlichen Wohlstand langfristig zu sichern. Doch nur, wenn die Kandidaten
595 vor einem Beitritt tatsächlich alle Bedingungen erfüllen, kann ihr Beitritt zu
596 einem Erfolg werden, der die EU nach innen wie nach außen stärkt. Dabei muss ein
597 besonderer Fokus auf dem Thema Rechtsstaatlichkeit liegen. Wir wollen die EU-
598 Beitrittsverhandlungen mit der **Türkei** in der bisherigen Form beenden und die
599 Beziehungen auf eine neue Grundlage enger sicherheitspolitischer und
600 wirtschaftlicher Zusammenarbeit stellen. Nach dem Abschluss des Windsor-
601 Abkommens wollen wir die neue Partnerschaft zwischen der EU und **Großbritannien**
602 wo immer möglich vertiefen. Außerdem stehen wir Freie Demokraten dafür ein, eine
603 **flexible Integration** zu ermöglichen, damit einige Staaten weitere
604 Integrationsschritte vornehmen können. Dabei bleibt die Tür für die übrigen
605 Mitgliedstaaten stets offen.

606 Wir stehen für **solide Finanzen.** Mit der FDP wird es keinen Einstieg in eine
607 Schuldenunion geben. Europa muss in der kommenden Legislaturperiode wie
608 vereinbart mit der Tilgung der für den Corona-Solidaritätsfonds aufgenommenen
609 Kredite beginnen. Eurobonds lehnen wir ab. Die Einnahmen der EU sollen wie
610 bisher hauptsächlich aus Überweisungen von Mitgliedstaaten, bemessen an ihrer
611 Wirtschaftskraft, stammen. Für uns hat die **Bekämpfung der Inflation** oberste
612 Priorität. Die Politik auf EU-Ebene und in den Mitgliedstaaten muss die
613 Inflationsbekämpfung durch die EZB bestmöglich unterstützen. Dazu gehört eine
614 Haushaltspolitik, die auf weitere schuldenfinanzierte Konjunkturprogramme
615 verzichtet. Aus dem gleichen Grund muss ein glaubwürdiger **Schuldenabbau** in
616 hochverschuldeten Mitgliedstaaten bei der Reform des Stabilitäts- und
617 Wachstumspaktes im Vordergrund stehen. Dauerhaft überwinden lässt sich die
618 Inflation nur durch Schaffung von zusätzlichem Angebot. Das schließt die
619 Vertiefung des Binnenmarktes – vor allem für Arbeit, Energie, Kapital und
620 digitale Dienstleistungen –, den Abbau von Bürokratie und Investitionshemmnissen
621 und den Abschluss neuer Freihandelsabkommen ein.

622 Wir wollen die **Wirtschafts- und Währungsunion vollenden** und die
623 **Kapitalmarktunion** vertiefen. Die Kapitalmarktunion ist ein Booster für private
624 Investitionen. Daher unterstützt die FDP den sogenannten **Listing Act**, der Start-
625 ups und mittelgroßen Unternehmen den Zugang zur Börsenfinanzierung erleichtert.

626 Wir wollen auch Privatanlegern den Zugang zum Kapitalmarkt erleichtern. Daher
627 wenden wir uns gegen ein Verbot von Rückvergütungen im Wertpapierhandel (**Payment**
628 **for Order Flow, PFOF**), durch das günstige und innovative Wettbewerber geschwächt
629 werden. Wir sind für ein faires und transparentes Nebeneinander von Provisions-
630 und Honorarberatung von Anlegern und wir setzen uns dafür ein, dass erfahrenen
631 Privatanlegern eine größere Produktpalette unter geringeren bürokratischen
632 Anforderungen angeboten werden kann als bisher.

633 Wir setzen uns für die uneingeschränkte Nutzung von Bargeld als Zahlungsmittel
634 ein. Die Verwendung von Bargeld muss auch in Europa erhalten bleiben. Die
635 Einführung des **digitalen Euro** als Ergänzung zum bestehenden Bargeld begleiten
636 wir konstruktiv.

637 **Ein Europa, das digital, klimaneutral und modern zusammen** 638 **wächst – Einfach. Machen.**

639 **Wir Freie Demokraten wollen Europa zum digitalen Chancenkontinent machen,**
640 **Energiesicherheit und effektiven Klimaschutz durch Technologieoffenheit und**
641 **Marktwirtschaft erreichen und die europäische Infrastruktur auf die Zukunft**
642 **ausrichten.**

643 Wir setzen uns für den Ausbau des **digitalen Binnenmarkts** und den Abbau
644 nationaler Schranken ein. Bürgerinnen und Bürger müssen EU-weit mit einer
645 **digitalen Identität** unterwegs sein können, die einfach und interoperabel für die
646 Dienste der öffentlichen Hand und der Privatwirtschaft einsetzbar ist. Das
647 Prinzip der **Netzneutralität** in der Europäischen Union verteidigen wir.
648 Audiovisuelle Inhalte sollen künftig ebenfalls in den Anwendungsbereich der
649 **Geoblocking**-Verordnung aufgenommen werden. Wir wollen einen Europäischen
650 Mobilfunkraum schaffen, in dem Verbraucherinnen und Verbraucher
651 Mobilfunkverträge aus allen Mitgliedstaaten europaweit und unbegrenzt nutzen
652 können. Die Roaming-Freiheit wollen wir auf alle Beitrittskandidaten ausweiten.
653 In einer zunehmend unsicheren Welt muss Europa in der Lage sein, kritische
654 Infrastruktur vor fremder Einflussnahme zu schützen. Wir fordern daher
655 **gemeinsame Sicherheitsstandards für die digitale Infrastruktur**. Komponenten von
656 Unternehmen, die Einflussmöglichkeiten autoritärer Regime unterliegen, dürfen
657 nicht in der digitalen kritischen Infrastruktur (z.B. 5G-Netz) verbaut werden.

658 Wir wollen die EU zum Hotspot für **Künstliche Intelligenz** machen. Darum erteilen
659 wir konservativen Überwachungswünschen und linken Überregulierungsphantasien
660 gleichermaßen eine Absage. Die FDP setzt sich für eine unbürokratische und
661 praxisnahe Ausgestaltung der **europäischen KI-Verordnung** ein, die Innovationen
662 ermöglicht und Bürgerrechte schützt.

663 Wir wollen die Erderwärmung auf möglichst 1,5 Grad begrenzen. Die FDP setzt auf
664 den **Emissionshandel** und Technologieoffenheit, um die europäischen **Klimaziele** zu
665 erreichen. Der Emissionshandel ist das effektivste und effizienteste
666 Klimaschutzinstrument, da er ein klares Treibhauslimit vorgibt. Wir wollen die
667 Systeme ETS 1 und 2 zusammenlegen, damit sie noch effizienter werden und
668 verbliebene Emissionsquellen einbeziehen. Mittelfristiges Ziel ist eine
669 **einheitliche CO2-Bepreisung**. Kleinteilige Regulierungen wie die

670 **Ökodesign-Verordnung** und die **Ökodesign-Richtlinie** oder zusätzliche CO2-
671 Bepreisungen durch Steuern lehnen wir ab. Das gilt insbesondere für den
672 Gebäudesektor: Der ETS 2 führt dazu, dass kostengünstig dort saniert wird, wo
673 die CO2-Vermeidungskosten am geringsten sind. Wir wollen sicherstellen, dass die
674 dadurch erlangte Technologieoffenheit nicht durch andere Regulierungen gefährdet
675 wird. Daher lehnen wir zusätzliche ordnungsrechtliche Maßnahmen wie die
676 **europäische Gebäudeeffizienzrichtlinie (EPBD)** strikt ab.

677 Wir setzen uns für eine innovationsfreundliche Regulierung der Entnahme, Nutzung
678 und Speicherung von CO2 ein. Engstirnige Debatten über die Priorität der CO2-
679 Vermeidung vor **Carbon Capture and Storage (CCS)** und **Carbon Capture and**
680 **Utilization (CCU)** verzögern nur den Markthochlauf. Der Weltklimarat hat bereits
681 klargestellt, dass die Nutzung dieser Technologien für das Erreichen der
682 Klimaziele unabdingbar ist. Einen zusätzlichen Anreiz schaffen wir, indem wir
683 **negative Emissionen** mit kostenlosen CO2-Zertifikaten belohnen. Wer durch
684 Aufforstung oder technische Methoden der Atmosphäre Treibhausgase entnimmt, soll
685 ein kostenfreies Zertifikat erhalten, ohne dass die Gesamtmenge an Zertifikaten
686 ansteigt. Auch die CO2-Bindung im Agrarbereich muss berücksichtigt werden.

687 Um den **Ausbau von Infrastruktur und Erneuerbaren Energien** zu beschleunigen,
688 stellen wir auf EU-Ebene die Weichen für eine weitere **Beschleunigung von**
689 **Planungs- und Genehmigungsverfahren**. Dafür wollen wir
690 Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) auf Vorhaben mit grenzüberschreitenden
691 Umweltauswirkungen beschränken. Europarechtliche Hürden für die
692 Planungsbeschleunigung wollen wir abbauen, indem wir den Mitgliedstaaten mehr
693 Spielraum geben. So erfordern viele Vorhaben eine UVP, deren Aufwand oft in
694 keinem Verhältnis zum Nutzen steht.

695 Für die Energiewende brauchen wir ein neues, marktwirtschaftliches
696 Strommarktdesign, um eine klimaneutrale, sichere und kostengünstige
697 Energieversorgung zu ermöglichen. Wir wollen, dass Langfristverträge für
698 Kleinunternehmen zugänglicher werden. Bei der Preisbildung soll die lokale
699 Verfügbarkeit von Strom eine Rolle spielen. Energiespeicher und Erneuerbare
700 Energien müssen im Markt integriert werden und ohne staatliche Hilfen auskommen.
701 Es müssen Anreize für eine flexible Bereitstellung und Nutzung von Strom
702 geschaffen werden. Das Stromnetz zwischen den Mitgliedstaaten muss ausgebaut und
703 **der Europäische Energiebinnenmarkt** geschaffen werden.

704 Kernfusion bietet das Potential, Energie in Zukunft klimaneutral und sicher zu
705 erzeugen. Wir wollen für die **Kernfusion** einen innovationsfreundlichen
706 Rechtsrahmen außerhalb des Atomrechts schaffen, der den geringeren Risiken
707 dieser Technik Rechnung trägt. **Wasserstoff** und **synthetische Kraftstoffe** bieten
708 große Chancen als Energiespeicher der Zukunft. Regulatorische und bürokratische
709 Hürden, die den schnellen Wasserstoffhochlauf behindern, müssen abgebaut werden.
710 Wir wollen eine Zwangsentflechtung von Gas- und Wasserstoffnetzbetrieb
711 verhindern, denn dies würde den Infrastrukturumbau massiv behindern. Alternative
712 Kraftstoffe, wie **E-Fuels**, sollen sowohl als Reinkraftstoff als auch als
713 Beimischung zulässig sein.

714 Zum Erhalt von **Artenvielfalt** ist es notwendig, Maßnahmen evidenzbasiert zu
715 ergreifen und regelmäßig anhand überprüfbarer Kriterien zu evaluieren. Mit

716 Biodiversitäts-Zertifikaten, wie zum Beispiel in Australien eingeführt, könnte
717 man auch hier Marktanreize setzen. Die Bestände vieler **geschützter Tierarten**
718 haben sich in den letzten Jahren vielerorts massiv erhöht. Wo diese Tierarten
719 erhebliche Konflikte mit der Nutzung der Natur oder dem Schutz anderer Arten
720 verursachen, muss es möglich sein, den Bestand sinnvoll zu regulieren. Dies gilt
721 insbesondere für den **Wolf**. Wir wollen den Schutzstatus des Wolfes für die
722 Regionen senken, in denen ein gesunder Erhaltungszustand erreicht ist.

723 Wir wollen einen gemeinsamen Europäischen **Gesundheitsdatenraum** schaffen, der die
724 Versorgung verbessert, Innovationen ermöglicht und den Anforderungen des
725 Datenschutzes genügt. Wir wollen die **Bürokratie im Gesundheitsbereich reduzieren**
726 und die Zulassungsverfahren für Medikamente und Medizinprodukte vereinfachen und
727 beschleunigen, ohne Kompromisse bei der Patientensicherheit zu machen. Zu
728 aufwendige und bürokratische Verfahren treffen insbesondere kleine Hersteller
729 überproportional und führen dazu, dass Medizinprodukte vom Markt genommen
730 werden. Mit dem gemeinsamen Kauf von Impfstoffen hat die erste größere
731 gemeinsame Beschaffung der Europäischen Union im Gesundheitsbereich
732 stattgefunden. Wir halten es für sinnvoll, die Bedeutung des Europäischen
733 Binnenmarkts für verstärkte **gemeinsame Beschaffung im medizinischen Bereich** zu
734 nutzen, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

735 Wir Freie Demokraten sehen den Führerschein als gelebte Freiheit. Er ermöglicht
736 Mobilität, gerade im ländlichen Raum. Daher wollen das Mindestalter zum Erwerb
737 eines Pkw-Führerscheins senken und **begleitetes Fahren bereits ab 16 Jahren**
738 ermöglichen. Dies führt nachweislich zu mehr Verkehrssicherheit. Im gleichen
739 Maße lehnen wir Einschränkungen für Senioren durch verpflichtende, regelmäßige
740 Gesundheitstests als Voraussetzung für die Verlängerung des Führerscheins ab.
741 Diese diskriminieren ältere Menschen, die nachweislich niedrigere Unfallzahlen
742 haben als andere Altersgruppen.

743 Die FDP setzt sich für **faire Wettbewerbsbedingungen auf der europäischen Schiene**
744 ein. Hierfür braucht es einen freien Zugang in alle europäischen
745 Eisenbahnnetze. Wir wollen einen entsprechenden Anlauf zur Weiterentwicklung der
746 bisherigen Eisenbahnpakete machen. Des Weiteren setzen wir uns für den
747 konsequenten Ausbau der **Transeuropäischen Eisenbahnnetze** zu Hochleistungs- und
748 Hochgeschwindigkeitskorridoren ein. Ziel ist ein europäisches
749 Hochgeschwindigkeitsnetz. Schienennetze und Ticketsysteme sollen harmonisiert,
750 Netz und Betrieb getrennt und das Europäische Eisenbahnverkehrsleitsystem
751 (ERTMS) flächendeckend eingeführt werden. Zudem wollen wir einen EU-Standard für
752 Magnetschwebbahnen schaffen.

753 Den **Luftverkehr** wollen wir ohne Verbote und zusätzliche Steuern und Abgaben bis
754 2050 klimaneutral machen. Das Instrument für die Bepreisung von CO₂-Emissionen
755 im Luftverkehr sind der Emissionshandel und das „Carbon Offsetting and Reduction
756 Scheme for International Aviation“(CORSA). Die Rahmenbedingungen für den
757 Einsatz von **Lufttaxi** und **Drohnen** wollen wir verbessern.

758 Wir fordern eine marktwirtschaftliche **Gemeinsame Agrarpolitik (GAP)**, die weniger
759 von Subventionszahlungen und überbordender Bürokratie geprägt ist. Die
760 flächenbezogenen Direktzahlungen der ersten Säule wollen wir daher schrittweise
761 über einen Zeitraum von 15 Jahren abbauen. Wir wollen nicht, dass niedrige

762 **Tierschutzstandards** zu einem Wettbewerbsvorteil führen. Deshalb brauchen wir
763 europaweite Mindeststandards für den Tierschutz, die kleinere und mittlere
764 Betriebe nicht überfordern. Die EU-Vermarktungsnormen für Obst und Gemüse wollen
765 wir grundlegend vereinfachen. Statt dem äußeren Erscheinungsbild soll allein die
766 Qualität des Produkts entscheidend sein. **Innovationen in der Landwirtschaft** wie
767 Gentechnik wollen wir durch zügige und wissenschaftlich fundierte
768 Zulassungsverfahren ermöglichen. **Beim Einsatz und der Zulassung von**
769 **Pflanzenschutzmitteln** stellen wir uns klar gegen die ideologische
770 Vorverurteilung und pauschale Einschränkungen. Die Zulassung einzelner
771 Substanzen oder Stoffgruppen darf nicht willkürlich erfolgen, sondern muss nach
772 wissenschaftlich fundierten Maßstäben erfolgen.

773 Wir setzen uns für eine vollständige **Neuordnung des europäischen**
774 **Gentechnikrechts** ein. Nicht nur die Bewertung der klassischen Grünen Gentechnik
775 muss an den heutigen Wissensstand angepasst werden, sondern auch sogenannte Neue
776 Züchtungstechniken, wie die Genomeditierung durch CRISPR/Cas9, müssen
777 fortschrittsorientiert und rechtlich klar geregelt werden. Ziel muss dabei sein,
778 dass das Produkt und nicht die Methode der Erzeugung bewertet wird. Besonders
779 die Neuen Züchtungstechniken bieten mit hochpräzisen und kostengünstigen
780 biotechnologischen Eingriffen umweltfreundliche Lösungen. Widerstandsfähige
781 Pflanzen können den Einsatz von Pflanzenschutz und Dünger erheblich verringern.

782 Wir wollen eine europäische **Fischereipolitik**, welche Nachhaltigkeit, soziale
783 Gerechtigkeit und wirtschaftliche Stabilität gleichrangig miteinander verbindet.
784 Bestrebungen der Europäischen Kommission, das Freizeitangeln zunehmend den
785 Vorgaben der Gemeinsamen Fischereipolitik und engmaschigen Datenerhebungen zu
786 unterstellen, lehnen wir ab.